

Die G-20 trotz dem amerikanischen Boykott

Die grössten Industriestaaten einigen sich auf eine gemeinsame Erklärung – für das Gastgeberland Südafrika ein Erfolg

SAMUEL MISTELI, NAIROBI

Der Gipfel der G-20-Staaten – das erste solche Treffen auf afrikanischem Boden – ist am Sonntag in Johannesburg zu Ende gegangen. Bereits am Samstag veröffentlichten die anwesenden Regierungs- und Staatschefs eine gemeinsame Erklärung. Dies war ein Erfolg für das Gastgeberland Südafrika – und eine Niederlage für die USA, die den Gipfel boykottierten. Die USA hatten Druck ausgeübt, um eine gemeinsame Erklärung zu verhindern.

Die Erklärung erwähnt unter anderem die Folgen des Klimawandels und nennt ehrgeizige Ziele bei erneuerbaren Energien. Dies sind Themen, bei denen amerikanische Diplomaten bei Vorbereitungstreffen versucht hatten, gemeinsame Positionen zu verhindern.

Das Jahrestreffen der wichtigsten Wirtschaftsmächte stand bis zur Erklärung im Schatten des amerikanischen Boykotts. Präsident Donald Trump hatte

kurz vor dem Gipfel erklärt, es würden keine US-Gesandten teilnehmen. Es sei eine «totale Schande», dass der Gipfel in Südafrika stattfinde, so Trump.

Der «weisse Genozid»

Die amerikanische Absage war die Fortführung eines Streits, den Trump im Frühjahr angefangen hatte. Er behauptete damals, in Südafrika würden weisse Farmer systematisch getötet, mit dem Ziel, Weisse von ihrem Land zu vertreiben. Er griff damit die Verschwörungstheorie eines «weissen Genozids» auf, die in den 1990er Jahren nach dem Ende der Apartheid von Anhängern der Rassentrennung verbreitet wurde. In den USA hat unter anderem der gebürtige Südafrikaner und Trump-Verbündete Elon Musk die Behauptung gestreut. Diese verfängt bei vielen Trump-Anhängern.

Südafrikas Regierung, für die der G-20-Gipfel eine grosse Bühne war, hatte den USA schon vor dem Gip-

fel die Stirn geboten. Aussenminister Ronald Lamola sagte: «Die Institution darf nicht zurückgehalten werden von jemandem, der abwesend ist.»

Südafrika versuchte, Themen in den Vordergrund zu rücken, die für afrikanische Länder und andere Entwicklungsländer wichtig sind. Zum Beispiel Überschuldung – in vielen afrikanischen Ländern droht der Schuldendienst die Volkswirtschaft abzuwürgen.

Das Thema Schulden findet sich auch in der Erklärung vom Samstag. In dem Papier steht auch, die G-20 werde sich für Frieden im Sudan, in Kongo-Kinshasa, den besetzten palästinensischen Territorien und der Ukraine einsetzen.

Ukraine überschattet Gipfel

Ein möglicher Frieden in der Ukraine wurde schon im Verlauf des Gipfels zum Thema. Am Samstag äusserten sich 11 anwesende Länder – unter ihnen Deutschland, Frankreich und Gross-

britannien – in einer Erklärung zum 28-Punkte-Plan, den die USA vorgestellt hatten. Darin stand, der Plan enthalte «wichtige Elemente für einen gerechten und anhaltenden Frieden». Die Länder hielten aber auch fest, dass das von den USA vorgeschlagene Abtreten ukrainischen Territoriums an Russland und die Verkleinerung der ukrainischen Armee nicht akzeptabel seien.

Die südafrikanischen G-20-Gastgeber konnten nach dem Gipfel zufrieden sein. Die G-20, die drei Viertel des Welthandels und 60 Prozent der Weltbevölkerung repräsentiert, büsst in einer Zeit zunehmend heftiger geopolitischer Konkurrenz laufend an Bedeutung ein. Schwergewichte wie die USA und China bevorzugen bilaterale Treffen gegenüber multilateralen Foren, in denen mühsam um einen Konsens gerungen wird. Bei Südafrikas Regierung sorgt die Tatsache, trotz allen Widrigkeiten eine gemeinsame Erklärung zustande gebracht zu haben, für viel Genugtuung.